

17.08.10

Rosa-Luxemburg-Lesekreis

Protokoll

Johanna Input:

- Es stellt sich die Frage ob gesetzliche Reform oder Revolution
- Rosa: Gesetzliche Reform und Revolution ergänzen sich
- Reformbewegung als Fortvegetieren, Revolution ein Gesell. Akt
- Um Kapitalismus ganz zu beseitigen - nur mit Revolution
- Reformen können die Umwälzung nur vorbereiten aber nicht durchführen
- Die kapitalist. Widersprüche kann man nicht durch gesetzliche Reform beseitigen
- Ergreifung der polit. Macht muss angestrebt werden
- Kapitalismus und Demokratie dienen als Rahmen, um Proletariat auf die Revolution vorzubereiten, sind Bedingungen für den Kampf des Proletariats, Arbeiter können nur im Kampf Bewusstsein erhalten
- Rosa wendet sich gegen Bernstein - der Reifegrad der ökonomischen Verhältnisse und Klassenbewusstsein muss erst entstehen, bevor Revolution kommt
- Bedingungen für den endgültigen Sieg: Es muss zur verfrühten Machtergreifung des Proletariats kommen, oder Kämpfe, die wiederholt werden müssen
- Wenn man gegen verfrühte Kämpfe des Proletariats ist, wie Bernstein, dann ist man gegen das sozialistische Endziel

- Aufgrund seiner Herkunft oder Geburt wird man in eine Schicht hineingeboren aber im Kapitalismus hat jeder formal die Chance Fabrikbesitzer oder Arbeiter zu werden.
Man ist rechtlich nicht daran gebunden, Arbeiter zu bleiben (nicht wie im Feudalismus)

- Ich gehe schon davon aus, dass es eine wirtschaftliche Grundlage gibt, die man erst mal nicht ändern kann. Aber zu was man Gesetze braucht, ist zum Beispiel um Verträge abzuschließen
Dazu braucht es schon den Staat als Gewaltmonopol, der diese Dinge garantiert

- Sie beschreibt ja einen anderen Staat als den den wir kennen
Die Klassengegensätze sind nicht geregelt wie heute aber es ist nicht grundsätzlich ausgeschlossen das nicht zu regeln. Zum Beispiel wollte man eine Bodenreform einführen. Man kann potenziell das Wirkungsfeld der Gesetze darauf erweitern

- Luxemburg stellt ja die Frage, wie die Lohnsklaverei gesetzlich aufgehoben werden kann, wenn sie dort (in den Gesetzen) nicht erwähnt wird?
Formal könnte man sich ein Gesetz vorstellen, das besagt, das man die Löhne im Unternehmen gerecht verteilt, dann würde kein Unternehmen im Kapitalismus noch am leben sein, man würde den Kapitalismus verbieten ohne eine Alternative zu haben. In dem sinne habe ich das verstanden, das sie sagt, man kann nicht nur mit einem Gesetz vorankommen.
Die Wirtschaft und das Kapital hält sich oft nicht an die bestehenden Gesetze. (Mord, Totschlag, Demonstrationsverbot...)
Sie ist der Meinung das es politische Situationen gibt, wo man ohne Revolutionen nichts mehr erreichen kann.

- Ich glaube schon, das man durch Reform die Lohnarbeit verbessern kann, z.B. Mindestlohn, aber Rosa möchte, denke ich, das ganze Lohnprinzip abschaffen.
- Im Kapitalismus gibt es keine Festigung der Arbeitsverhältnisse

- Ich glaube, was entscheidend ist: Man kann schon Gesetze machen, wo man einen gewissen Grad eingreifen kann, bei der Verteilung von Lohn z.B. Das Prinzip, wie was produziert wird, kann man nicht gesetzlich verändern. Man kann an dem Konzept, das es immer Leute gibt, die die Produktionsmittel besitzen werden, mit Gesetzen nichts erreichen

- die bürgerliche Demokratie ist durch die Machtverhältnisse im Staat geregelt

- die Frage, die wir diskutiert haben, ist ob abstrakt vorstellbar ist, Gesetze einzuführen, die Verhältnisse verändern. Abstrakt schon, aber es geht ja um einen kapitalistischen Klassenstaat, dann muss man sich fragen ob man in diesem Staat Gesetze einbringen kann, die die kapitalistische Definition verändern, dass er plötzlich das Gegenteil macht, was er vorher gemacht hat. Ob oder wie lässt sich der Staat für die Veränderung der Gesellschaft benutzen? (zentrale frage). Ich denke dieser Staat, ist ein Staat der aus kapitalistischen Verhältnissen entstanden ist und das ist, was Kapitalismus braucht, um zu funktionieren.

Diesen Staat wird man nicht dazu bringen können, Dinge zu machen, die nicht seinem sozialen Inhalt entsprechen. Dazu müsste man einen ganz anderen Staat aufbauen.

Erster Schritt wäre einen Arbeiterstaat aufzubauen, irgendeine Form von direkter Demokratie, der einen anderen sozialen Inhalt hat. Und irgendwann stirbt dieser Staat ab, weil er überflüssig wird. Man braucht eine andere Form von Staat dafür.

- Abstrakt kann ich mir das schon vorstellen. In Venezuela gibt es andere Mehrheitsverhältnisse, aber trotzdem würden wir ja nicht von Arbeiterstaat sprechen in Venezuela. Bestimmte Reformen sind auch nicht machbar, wenn sie vom Staat eingeführt werden und nicht von den Menschen erkämpft werden, man braucht ganz andere Verhältnisse, um das zu erreichen.

- Ich verstehe das nicht von der Verfasstheit des Staates. In einem bürgerlichen Klassenstaat kann man nur bedingt Dinge durchsetzen

- Warum ist die Räte Demokratie eine zwingende Voraussetzung für Veränderung der Produktionsverhältnisse, warum ist das in einer Parlament demokratisch nicht denkbar?

- die DDR war eine Diktatur und hat auch die Produktionsverhältnisse verändert.

Parlamentarische Demokratie, wenig Selbstbeteiligung der Massen, so kann man nicht Verhältnisse verändern. Herrschaft von Stellvertretern der Kapitalisten

- In DDR gehörten Betriebe dem Staat, von dem her waren sie nicht kollektiviert, sie hießen nur so, deswegen denke ich, das man das im Sozialismus nicht von oben machen kann.

Überall wo Leute Räte gegründet haben, haben sie das hauptsächlich in Fabriken getan, deshalb ist die Räte Demokratie ein fundamentaler Unterschied zum Parlament, weil sie (die Arbeiter) die Wirtschaft von unten demokratisch kontrolliert haben.

Und deshalb ist ein Parlament nicht ähnlich wie ein Arbeiterrat, weil sie dort keine demokratische Kontrolle über die Produktion, d.h. der wichtigste Teil der Gesellschaft haben. Solange die Produktion im Besitz des Staates (DDR) oder privat ist, kann man darüber nichts beschließen.

Leute aus Komitees in revolutionären Situationen haben das erweitert, was es nur in revolutionären Situationen gibt, dort haben die Leute solche Ideen entwickelt, das ist eine andere Gesellschaft als Kapitalismus und wie es im im Ostblock war

- Man kann immer versuchen, abstrakte Gegenüberstellungen zu machen, Parlamente gegen Räte, aber dann muss man an einem Punkt anfangen rumzudefinieren.

Punkte, wo es Unterschiede gibt, z.B. im Parlament hat man ein freies Mandat, man ist nur seinem Gewissen verpflichtet

Bei Räten hat man ein imperatives Mandat, man ist jederzeit abwählbar.

Wichtiger Punkt: Militär, Russische Revolution, Soldatenräte

Russ. Rev: Dumas weniger einflussreich wie Parlament, aber in der Revolution hat plötzlich die Bourgeoisie vorgeschlagen, wir brauchen eine konst. Versammlung, um den Räten etwas entgegenzusetzen

Die Rechten haben vorgeschlagen, wir brauchen den Parlamentarismus, aber in einer historisch bestimmten Situation

Aber sie haben in der historisch konkreten Situation nicht für Räte und Dumas gekämpft

Input Saskia: der Zusammenbruch

Rosa: - Bernstein hat keine sozialistische Auffassung mehr

In seiner Theorie versucht er die Grundsätze des wiss. Sozialismus zu verlassen, und den Klassenstandpunkt, er sieht die bürgerliche Gesellschaft als menschliche Gesellschaftsform an, der Bürger hat für ihn keinen Klassenausdruck mehr, er sieht keinen Grund mehr für Enteignung der Kapitalistenklasse

- Es gibt keine Klasse die das Proletariat unterdrücken würde
 - Gibt sozialistisches Endziel auf
 - Rosa meint, Bernsteins Theorie ist eine Klassenwissenschaft der Bourgeoisie und nicht des Proletariats
 - Er sei ein Vertreter der Bourgeoisie (rosa)
- Wichtiger Punkt: die Basis der Theorie Bernsteins ist zusammengebrochen, er glaubt nicht mehr an den Zusammenbruch des Kapitalismus

- Sie meint „Zusammenbruch“ im Sinne von Krise, Bernstein glaubt der Kapitalismus hat keine Krisen mehr, und Rosa meint, es werden Krisen kommen

- Rosa meint, Bernstein hat die wissenschaftliche Theorie der Emanzipation der Arbeiterklasse ausgetauscht mit der Vulgärökonomie der Bourgeoisie

- Könnt ihr noch mal das Marxsche Mehrwertgesetz erklären?

- Hauptpunkt würde ich sagen, ist das in der Arbeit, die der Mensch schafft, ein Mehrwert geschaffen wird

- Alle Waren haben Werte, und die menschliche Arbeitskraft ist auch eine Ware und sie ist die einzige Ware, die Mehrwert produziert, weil man dem Arbeiter nur den Mehrwert der Mindestbedürfnisse in Form von Lohn ausbezahlt und nicht den Wert, den er produziert

- Wenn Rosa sagt, Bernstein lehnt das Mehrwertgesetz ab, zielt ihr Vorwurf darauf ab, dass durch die verschärfte Konkurrenz immer mehr Krisenhaftigkeit entsteht, und Bernstein meint, die Klassengegensätze werden immer sanfter anstatt schärfer

- die bürgerliche Demokratie erkennt schon an, dass man nicht den vollen Wert bekommt, den man produziert, sie legitimieren das aber mit dem Risiko des Unternehmers, das er hatte mit dem Geld das er investieren musste

- Es gibt sehr unterschiedliche Modelle wie Wert erklärt wird in der IPÖ: der Wert eines Produktes wird bestimmt durch seinen Grenznutzen, Wert entsteht aus einer Nützlichkeitsfunktion.

Marx sagt Wert entsteht durch akkumulierte menschliche Arbeit, die in diese Ware investiert wird. Es stimmt auch nicht das nach Marx jede menschliche Arbeit Wert schafft, z.B. Manager die nur eine Leitungsfunktion übernehmen, schaffen nach Marx keinen Wert, auch z.B. im Handel.

Letzter Absatz:

Jens: Da geht es wieder um einen Diss gegen Bernstein

Dort macht sie nochmal eine Analyse: Opportunismus, Anarchismus und Marxismus. Das taucht in Kämpfen immer wieder auf, auch wenn Marx diese Theorien schon widerlegt hat, gibt es immer wieder diese drei Strömungen in Bewegungen, und es ist wichtig, dass eine Bewegungen diese Strömungen durchmacht, um gegen sie gewappnet zu sein.

Rosa ist relativ optimistisch, dass sich die Theorie über den Opportunismus leicht in der SPD erledigen wird, mit dem hatte sie nicht recht.